



**Empfehlungen der Bildungscoalition NGO**

Die Bildungscoalition NGO ist eine Allianz von über 30 nationalen Nicht-Regierungsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Gesundheit, Menschenrechte und Jugend. Sie vertritt deren Interessen in der Bildung, Forschung und Innovation und entwickelt Empfehlungen zu bildungspolitischen Geschäften.

**Geschäfte im Nationalrat**

<i>Datum</i>	<i>Vorlage</i>	<i>Empfehlung</i>
Mittwoch, 5. Juni 2019	Postulat <u>19.3417</u> <b>Strategie zur Stärkung der Frühen Förderung</b>	<b>Annahme</b> des Postulats
Dienstag, 11. Juni 2019	Standesinitiative <u>17.308</u> <b>Für ein Bundesgesetz über zuckerhaltige Produkte und für einen beschränkten Zugang zu Nahrungsmitteln mit hohem Energiegehalt</b>	<b>Annahme</b> der Standesinitiative
Donnerstag, 20. Juni 2019	Motion <u>19.3009</u> <b>Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich</b>	<b>Annahme</b> der Motion
Donnerstag, 20. Juni 2019	Motion <u>19.3010</u> <b>Lancierung eines Digitalisierungs-Impulsprogramms für Eidgenössische und Kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Berufsbildung und Weiterbildung</b>	<b>Annahme</b> der Motion
Donnerstag, 20. Juni 2019	Motion <u>19.3418</u> <b>Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität</b>	<b>Annahme</b> der Motion

Positionen der Bildungscoalition NGO auf den folgenden Seiten.

**19.3417 Postulat WBK-NR**

**Strategie zur Stärkung der Frühen Förderung**

**Inhalt der Vorlage**

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der Frühen Förderung von Kindern in der Schweiz zu erarbeiten.

**Position der Bildungscoalition**

Mit ihrem Bekenntnis zu den Zielen der Agenda 2030 will die Schweiz auch erreichen, dass alle Mädchen und Jungen hierzulande Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung haben. Gemeint ist damit auch eine altersgerechte Unterstützung des kindlichen Lernens und Entdeckens der Welt. Im Zentrum stehen das Spiel, der Kontakt mit Gleichaltrigen, eine anregende Umgebung und insgesamt die Unterstützung einer gesunden Entwicklung.

Wirksame frühe Förderung erfordert kognitive, soziale und emotionale Kompetenzen und ist zeit- und ressourcenintensiv. Entsprechend braucht es geplante Angebote von hoher Qualität. Frühkindliche Bildung ersetzt die Familie nicht, sondern unterstützt sie und ermöglicht so allen Kindern ein chancengerechtes, gesundes Aufwachsen.

Bildungspolitische Vorschläge dazu, wie die frühe Förderung in der Schweiz umgesetzt werden kann, hat die UNESCO-Kommission kürzlich in ihrer Publikation «[Für eine Politik der frühen Kindheit](#)» formuliert. Aus Sicht einer Bildungscoalition NGO ist eine sinnvolle und angemessene frühe Förderung wichtig. Wer in frühen Jahren in einer sicheren, stabilen Umgebung aufwachsen und mit all seinen Sinnen Dinge entdecken sowie Erfahrungen sammeln kann, ist für die Schule am besten gerüstet. So wirken sich die Förderung des kreativen, freien Spiels, des Naturkontakts sowie der Kooperation und Kommunikation unter Gleich- und Verschiedenaltrigen auf die Potentialentwicklung von Kindern und Jugendlichen besonders positiv aus.

Um sicherzustellen, dass die vorgeschlagene Strategieentwicklung möglichst zielführend geschieht, plädiert die Bildungscoalition für ein evidenzbasiertes Vorgehen. Dadurch soll insbesondere eine Orientierung an subjektiven Wahrnehmungen und Bedürfnissen sowie an kurzfristigen Trends vermieden werden.<sup>1</sup>

**Empfehlung der Bildungscoalition NGO: Postulat annehmen, unter der Voraussetzung, dass die Strategieentwicklung evidenzbasiert und im Sinne einer BNE geschieht**

---

<sup>1</sup> Quellen zu evidenzbasierter und wirkungsvoller frühkindlicher Förderung:

- Vox, 2018: [“Early childhood yields big benefits – just not the ones you think”](#)
- BSV, 2016: [„Leitfaden wirksamer Praxis in der frühen Förderung“](#)

**17.308 Standesinitiative**

**Für ein Bundesgesetz über zuckerhaltige Produkte und für einen beschränkten Zugang zu Nahrungsmitteln mit hohem Energiegehalt**

**Inhalt der Vorlage**

Die Bundesversammlung wird aufgefordert zu prüfen, ob es zweckmässig ist, ein Spezialgesetz zu zuckerhaltigen Produkten zu erlassen, und allfällige nützliche Gesetzesanpassungen vorzunehmen, um die Diabetes- und Fettleibigkeitsepidemie wirksamer bekämpfen und die dafür zur Verfügung stehenden Mittel aufstocken zu können. Unter anderem sollen:

- Mit dem Gesetz eine Steuer auf den bei der Herstellung zugesetzten Zucker eingeführt werden.
- Sämtliche Einnahmen aus dieser Steuer zur Prävention der durch Zucker- und Süsstoffkonsum bedingten Erkrankungen verwendet werden.
- Im Gesetz definiert werden, welche Berufsgruppen der Zuckersteuer unterliegen und welche davon befreit sind.
- Die Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) dahingehend geändert werden, dass sie für die Abgabe von Nahrungsmitteln mit hohem Energiegehalt und für die einschlägige Werbung Beschränkungen vorsieht.

**Position der Bildungscoalition**

Gemäss Bundesamt für Gesundheit BAG haben sich Übergewicht und Adipositas (Fettleibigkeit) in der Schweiz zu einer Volkskrankheit entwickelt: Bereits rund 41% der Erwachsenen sind übergewichtig, davon 10 % adipös. Rund 19% der Kinder und Jugendlichen sind übergewichtig oder adipös. Dies stellt eine zunehmend grosse Herausforderung für das Schweizer Gesundheitssystem und die Prävention dar. Der hohe Zuckergehalt in vielen Fertigmahlzeiten und Süssgetränken ist inzwischen weltweit als eine von mehreren Ursachen für die oben beschriebenen Herausforderungen anerkannt. Deshalb planen immer 3 mehr Länder Abgaben auf gezuckerten Getränken und Esswaren einzuführen, wie etwa Gossbritannien, Italien, Portugal, Hongkong, Philippinen, Südafrika, Australien, Neuseeland, Indonesien oder Indien. Andere Länder, wie etwa Frankreich, Belgien, Finnland, Ungarn, Irland oder Chile kennen bereits solche Abgaben. Diese dienen, wie von der Standesinitiative verlangt, primär der Finanzierung von Präventionsmassnahmen. Weil zunehmend Kinder und Jugendliche von Übergewicht und Adipositas betroffen sind, kommt frühzeitigen Präventionsmassnahmen eine besonders grosse Bedeutung zu. Sie sind Teil einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung über alle Bildungsstufen hinweg, die Menschen dabei unterstützen soll, breit abgestützte, verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen und so unter anderem auch das vorbildliche Schweizer Gesundheits- und Sozialwesen zukunftsfähig zu gestalten.

**Empfehlung der Bildungscoalition NGO: Standesinitiative annehmen**

**19.3009 Mo. WBK-NR**

**Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich**

**Inhalt der Vorlage**

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für ein Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich zu schaffen. Über eine Plattform sollen bereits entwickelte "Good Practices" im gesamten Bildungsraum Schweiz - insbesondere auch über die Sprachgrenzen hinweg - ausgetauscht und weiterverbreitet werden.

**Position der Bildungscoalition**

Die Schweiz ist Teil eines zunehmend raschen gesellschaftlichen Wandels, auf den sie sich vorbereiten, den sie mitgestalten muss. Impulsprogramme zur Digitalisierung sind zweifellos wichtig, um die Schweiz für diese Transformation fit zu machen. Angesichts der zunehmenden, komplexen Herausforderungen in Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft ist jedoch die gleichzeitige Stärkung von Soft Skills wie etwa Empathie, Kreativität, Teamfähigkeit, Initiative, Ausdauer, Networking-, Kritik- und Konflikt-Kompetenz sowie die Stärkung von Kompetenzen, die durch eine Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) erworben werden können, wie etwa vernetztes Denken, vorausschauendes Handeln, Verantwortung übernehmen, gesellschaftliche Prozesse mitgestalten etc. zur Sicherung einer lebenswerten, offenen, modernen, das heisst einer zukunftsfähigen Schweiz zentral.

Studierende sollen die neuen digitalen Technologien nicht nur kennen, einsetzen und entwickeln lernen, sondern – mit Blick auf die Ziele der Agenda 2030 - auch kritisch konstruktiv, im Austausch mit anderen und im Sinne einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung anwenden lernen. Bei der Definition von „Good Practice“ ist daher besonderen Wert auf die Einbettung der digitalen Bildungsprojekte in den Kontext der nachhaltigen Entwicklung zu legen.

**Empfehlung der Bildungscoalition NGO: Motion annehmen unter der oben beschriebenen Voraussetzung**

**19.3010 Mo. WBK-NR**

**Lancierung eines Digitalisierungs-Impulsprogramms für Eidgenössische und Kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Berufsbildung und Weiterbildung**

**Inhalt der Vorlage**

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen für ein zeitlich befristetes Impulsprogramm Digitalisierung zu schaffen, damit die in der "[Strategie Digitale Schweiz](#)" des Bundesrats vom 5. September 2018 für die Bereiche "Bildung, Forschung und Innovation" formulierten Ziele erreicht werden können.

**Position der Bildungscoalition**

Die Schweiz verfügt dank einem stabilen politischen System und einem starken Bekenntnis zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation über eine hervorragende Ausgangslage, um das Erfolgsmodell eines lebenswerten, offenen und modernen Landes in eine digitale Zukunft zu tragen. Digitalisierung darf jedoch nicht Selbstzweck sein: Sie ist Teil eines zunehmend raschen, jedoch weit umfassenderen gesellschaftlichen Wandels, auf den sich die Schweiz vorbereiten, den die Schweiz mitgestalten muss.

Impulsprogramme zur Digitalisierung sind dafür zweifellos wichtig, um die Schweiz für diesen gesellschaftlichen Wandel fit zu machen. Angesichts der zunehmenden, komplexen Herausforderungen in Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft ist jedoch die gleichzeitige Stärkung von Soft Skills wie etwa Empathie, Kreativität, Teamfähigkeit, Initiative, Ausdauer, Networking-, Kritik- und Konflikt-Kompetenz sowie die Stärkung von Kompetenzen, die durch eine Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) erworben werden können, wie etwa vernetztes Denken, vorausschauendes Handeln, Verantwortung übernehmen, gesellschaftliche Prozesse mitgestalten etc. zur Sicherung einer lebenswerten, offenen, modernen, das heisst einer zukunftsfähigen Schweiz zentral.

Studierende sollen die neuen digitalen Technologien nicht nur kennen, einsetzen und entwickeln lernen, sondern – mit Blick auf die Ziele der Agenda 2030 - auch kritisch konstruktiv, im Austausch mit anderen und im Sinne einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung anwenden lernen.

**Empfehlung der Bildungscoalition NGO: Motion annehmen unter der Voraussetzung, dass ein ausgleichendes Impulsprogramm zur gezielten Stärkung von Soft-Skills und BNE-Kompetenzen lanciert wird.**

## 19.3418 Mo. WBK-NR

### Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität

#### Inhalt der Vorlage

Der Bundesrat wird beauftragt, in seiner nächsten BFI-Botschaft Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (z.B. Stipendien, Weiterbildung, Grundkompetenzen, höhere Berufsbildung, Sprachförderung) vorzusehen.

#### Position

Laut [Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrats \(SWR\)](#), aus dem Jahr 2018, hat die Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ein Bildungssystem, das durch ein hohes Mass an Chancengleichheit geprägt ist: Die soziale Ungleichheit der Bildungschancen ist hoch und die soziale Selektivität in die höhere Bildung ausgeprägt. Es zeigte sich, dass geringe soziale Unterschiede von Bildungschancen zu Beginn des Bildungsverlaufs sich von Bildungsstufe zu Bildungsstufe vergrössern. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse mögen privilegierten Gruppierungen nützen. Insgesamt schaden sie aber der Allgemeinheit, der wirtschaftlichen sowie politischen Entwicklung unseres Landes und gefährden auf die Dauer den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Mögliche Gegenmassnahmen sind ausgearbeitet worden. Der SWR gruppiert sie in seinem Bericht in ausgewählten Handlungsfelder. Im Sinne des Zieles 4 der Agenda 2030, zu deren Umsetzung sich die Schweiz verpflichtet hat, sind Inklusion und Chancengerechtigkeit in der Bildung essentiell, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Der Bundesrat soll daher Massnahmen ergreifen, um die belegte soziale Selektivität im Schweizer Bildungssystem zu verringern.

#### Empfehlung der Bildungscoalition NGO: Motion annehmen

#### Die Bildungscoalition NGO

Alliance Sud Arbeitsgemeinschaft Swissaid – Fastenopfer – Brot für alle – Helvetas – Caritas – HEKS | Amnesty International | Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung | BirdLife Schweiz | Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz DOJ | Greenpeace | Helvetas Swiss Intercooperation | Incomindios Schweiz | Intermundo Dachverband für Jugendaustausch | Kinderlobby Schweiz | Netzwerk Kinderrechte Schweiz | Pro Juventute | Pro Natura | Public Health Schweiz | Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV – CSAJ | Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH | Schweizerische Herzstiftung | Schweizer Verband Studentischer Organisationen für Nachhaltigkeit VSN | Stiftung Kinderdorf Pestalozzi | Union der Schülerorganisationen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein USO | Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS | WWF Schweiz

Bildungscoalition NGO | Postgasse 15 | Postfach 817 | 3000 Bern 8  
[www.bildungscoalition.ch](http://www.bildungscoalition.ch) | [info@bildungscoalition.ch](mailto:info@bildungscoalition.ch) | 031 306 20 22